



Interviews

NATO, Bundeswehr und die Finanzierung

Boris Pistorius, SPD, Bundesverteidigungsminister, im Interview mit Philipp May

11.07.2024, 06:50 Uhr

May: Ist es das Pfeifen im Walde, das aus Washington gerade zu hören ist? Das NATO-Bündnis ist zum 75. Jubiläum so stark wie noch nie, bekräftigen unter anderem Joe Biden und Olaf Scholz und verkünden weitere Milliardenhilfen für die Ukraine. Doch wie groß sind die Versprechen wirklich und was sind sie wert angesichts der Aussicht auf eine Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus? Und welches Zeichen sendet Deutschland aus mit einem Wehretat, der deutlich weniger angewachsen ist als vom Verteidigungsminister gewünscht. Darüber konnte ich, wegen der Zeitverschiebung nach Washington, vor der Sendung sprechen mit dem Verteidigungsminister selbst, Boris Pistorius.

Pistorius: Ja, schönen guten Tag.

May: 40 Milliarden weitere Militärhilfe, der Transfer der ersten F-16-Kampffjets in die Ukraine und die Ankündigung von fünf Patriot-Flugabwehrsystemen, von denen vier schon zugesagt und teilweise auch schon geliefert sind – ist das jetzt der große Wurf für die Ukraine?

Pistorius: Es ist ein weiterer großer Wurf nach schon vielen anderen. Wie dürfen ja nicht vergessen, dass wir jetzt seit zweieinhalb Jahren massiv unterstützen. Dass trotz der langen Dauer nach wie vor die Unterstützung so groß ist und hier ganz deutlich in Washington dokumentiert wird, ich glaube, das können wir alle als einen gemeinsamen Erfolg verbuchen, vor allem im Interesse der Ukraine und im Interesse der freien Welt.

May: Klaus Johannis, der rumänische Präsident, hat auf dem Gipfel gesagt, die NATO habe bisher immer nur die Hälfte von dem geliefert, was sie der Ukraine versprochen habe.

Pistorius: Nun, das kann ich, ehrlich gesagt, nicht erkennen. Ich kann nicht für andere Partnerländer sprechen. Deutschland hat nie nur die Hälfte geliefert von dem, was es versprochen hat. Im Gegenteil, wir haben meistens am Ende sogar mehr geliefert als zunächst zugesagt, weil wir uns tatsächlich zur Decke strecken und alles möglich machen, was irgendwie geht. Von daher geht der Vorwurf, geht die Kritik meines Erachtens ins Leere.

May: Bundeskanzler Olaf Scholz hat außerdem weitere Flugabwehrsysteme in Aussicht gestellt. Welche wären das und wann kommen die?

Pistorius: Also, Patriot-Systeme können das ... ich habe jetzt die Aussage nicht unmittelbar gehört. Patriot-Systeme können es nicht sein, weil wir in unseren Beständen nicht mehr so viele haben, dass wir noch welche abgeben könnten. Ich habe ja mehrfach darauf hingewiesen. Wir haben das dritte jetzt gerade abgegeben. Das ist vor wenigen Tagen in der Ukraine abgegeben und damit 25 Prozent unserer Patriot-Kapazitäten. Aber worum es in der Tat eben geht – und das geht zurück auch auf die Initiative der Außenministerin und von mir – Geld und Material, und Systeme, und Missiles einzusammeln bei allen Partnerländern. Das ist durch unsere Initiative vor drei Monaten auf den Weg gebracht. Wir haben inzwischen mehr als eine Milliarde an Geld dafür eingesammelt. Die Norweger haben einen weiteren Betrag heute zugesagt. Damit können wir beschaffen und bestellen. Und im nächsten Jahr und in

diesem Jahr werden noch weitere Iris-T-Systeme beispielsweise geliefert und die hat der Kanzler gemeint.

May: Jetzt ist der Topf aus dem Bundeshaushalt für die Ukraine-Waffenhilfe, rund sieben Milliarden, schon so gut wie leer. Wie geht es jetzt weiter?

Pistorius: Na ja, das ist ja immer das Thema, dass man einen Haushaltsansatz wählen muss für das jeweils vor einem liegende Jahr. Und man kann nie genau sagen, ob er ausreicht oder ob was übrigbleibt. Hier sind wir jetzt in der Situation, dass es zu Ende ist, dass es aufgebraucht ist, aber es gleichzeitig auch noch eine Liste mit Material und Ausstattung und Systemen gibt, die bestellt werden könnten und müssten. Und wir müssen jetzt uns darüber verständigen, wie und wie schnell wir das Geld auftreiben können.

May: Das heißt, Sie müssen auch da noch mal mit Christian Lindner reden?

Pistorius: Das ist eine Frage, die weniger ich mit dem Finanzminister klären muss. Das müssen wir innerhalb der Regierung klären. Wir bekennen uns immer wieder zur Unterstützung der Ukraine aus wohlverstandenen Gründen. Und dem sollten dann auch Taten folgen. Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass wir Wege finden werden.

May: NATO-Generalsekretär Stoltenberg will, dass sich alle Länder langfristig verpflichten, die Ukraine zu unterstützen, dass die auch wirklich verstetigt wird. Glauben Sie daran? Vor allem eben die Südeuropäer wollen nicht so recht zahlen.

Pistorius: Ja, also ich glaube schon, dass das kommen wird. Es ist noch ein Weg, auf dem Überzeugungsarbeit zu leisten sein wird. Aber dass sich alle immer wieder committen, das war auch deutlich hier jetzt heute auf dem Gipfel und wird auch morgen noch mal speziell im NATO-Rat mit der Ukraine deutlich werden. Also von daher, alle wissen um die Notwendigkeit. Der eine oder andere braucht halt etwas länger, um das politisch umzusetzen. Aber ich bin da nach wie vor sehr optimistisch, dass das gelingt, weil jede Alternative

schlechter wäre. Denn auch das ist, glaube ich, inzwischen überall – wie soll ich sagen – gemeinsame Erkenntnis: Es ist teuer, die Ukraine zu unterstützen, aber es wird uns teurer zu stehen kommen, wenn die Ukraine den Krieg verliert.

May: In den USA ist mal wieder „fünf vor Trump“. Die Aussicht, dass Trump die Wahl gewinnt, die ist ziemlich real. Politisch wackelig ist auch Frankreich. Viele südeuropäische Staaten erhöhen ihre Verteidigungsausgaben nicht auf die 2 Prozent, die NATO-Vorgabe, des Bruttoinlandsprodukts. In der NATO erhoffen sich jetzt viele Führung von Deutschland. Der Kanzler sagt auch, er will vorangehen und erhöht den Wehretat – Ihren Wehretat – nur um 1,2 Milliarden Euro. Ist das das starke Zeichen, auf das die Welt gewartet hat?

Pistorius: Also, eine Führungsrolle wahrzunehmen, ist nicht nur eine Frage der Beträge, die im Haushalt stehen. Aber ja, daraus habe ich keinen Hehl gemacht, auch aus meiner Perspektive ist der Ansatz, der jetzt vorgesehen ist für nächstes Jahr, zu niedrig angesichts dessen, was auf den Weg gebracht und bestellt werden muss vor dem Hintergrund von Zeitenwende und Bedrohungslage. Dabei bleibe ich auch. Und gleichzeitig haben wir aber erstmals in der Finanzplanung für das Jahr 2028, also für den Zeitpunkt, zu dem das Sondervermögen dann komplett ausgegeben sein wird, einen Betrag im Haushalt stehen von 80 Milliarden Euro – so viel, wie noch nie. Das bildet ab, was wir bis dahin an Beschaffungsaufträgen werden auslösen können. Aber es bedarf eines Aufwuchses und vor allen Dingen der Kontinuität. Und damit zurück zu Ihrer Frage. Führungsverantwortung bedeutet eben, sich der Verantwortung zu stellen. Und das tun wir durch unsere Initiativen bei Flugabwehrsystemen. Das tun wir durch die Aufstellung der Brigade Litauen. Niemand anderes macht etwas Vergleichbares. Das ist einzigartig auch für die deutsche Geschichte und für die Bundeswehr. Wir sind im Air Policing schwer aktiv seit vielen, vielen Jahren. Das heißt, wir übernehmen längst diese Führungsverantwortung. Aber ja, angesichts der Entwicklung in der Welt und auch gerade mit Blick auf Washington – völlig unabhängig davon, wer Präsident bleibt oder wird – werden wir in Europa mehr Verantwortung für die eigene konventionelle Sicherheit tun müssen.

May: Ich frage auch deswegen, denn Christian Lindner wollte Ihnen ja immerhin zwei Milliarden zugestehen. Es war der Kanzler selbst, der das noch mal gedrückt hat auf 1,2 Milliarden Euro. Wie gehen Sie damit um?

Pistorius: Also ich kommentiere derartige, wie soll ich sagen, Kommentierungen aus dem Hintergrund zur Arithmetik dessen, was im Haushalt zustande kommt, grundsätzlich nicht. Ob 1,25 oder zwei Milliarden, am Ende muss klar sein, dass der Aufwuchs gewährleistet ist. Und dafür kämpfe ich, dafür trete ich ein. Und da bin ich sehr zuversichtlich, dass uns das gemeinsam gelingen wird. Denn auch da gilt: Alles, was wir heute nicht in Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr investieren, fällt uns in wenigen Jahren womöglich auf die Füße.

May: Sie haben es ja schon gesagt. Sie wollten eigentlich 6,7 Milliarden und Sie haben gesagt, dass Sie bestimmte Dinge nicht in der Geschwindigkeit jetzt anstoßen können durch diese nur 1,2 Milliarden Aufwuchs, wie es eigentlich die Zeitenwende und die Bedrohungslage erforderlich machen würden. Was konkret können Sie jetzt nicht anstoßen?

Pistorius: Das ist nichts, was in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollte. Es kursieren ja die einen oder anderen Gerüchte. Aber ja, wir müssen neu priorisieren. Das werden wir tun. Gleichzeitig habe ich angewiesen, dass Priorität Nr. 1 im kommenden Jahr wieder sein muss, was es lange nicht war, dass die Übungs- und die Einsatzfähigkeit der Truppe gewährleistet bleibt, dass das Material, das die Truppe braucht, zuläuft, und dass keine Abstriche gemacht werden im täglichen Betrieb. Und darüber hinaus werden wir aus dem Sondervermögen noch auslösen, was auszulösen ist. Und bei den Projekten, die im Augenblick dann nicht finanzierbar scheinen aus den üblichen Mitteln, werden wir nach kreativen Wegen suchen müssen, weil wir keine Alternative haben.

May: Aber 2028 ist das Sondervermögen weg. Dann muss – haben Sie auch schon gesagt – ohne Aufwuchs der Wehretat quasi auf einen Schlag um, ja, fast

30 Milliarden Euro anwachsen. Das klingt ja, ehrlich gesagt, absolut unrealistisch.

Pistorius: Na ja, das ist eine Frage der Verantwortung und der Prioritäten. Da bin ich, ehrlich gesagt, ganz fest im Glauben. Alle sagen immer wieder, ohne Sicherheit ist alles nichts. Und das ist keine Floskel. Ich war zehn Jahre lang Innenminister. Ich weiß um die Bedeutung der inneren Sicherheit für die Menschen im Land. Und ich weiß seit meinem Amtseintritt als Verteidigungsminister, dass äußere Sicherheit angesichts einer Bedrohung, wie wir sie wieder haben, eben auch zentral ist. Das heißt, es ist ganz einfach. Wir müssen in der Gesellschaft Überzeugungsarbeit leisten, damit auch die politischen Kräfte, die es heute noch nicht einsehen, dass dieser Weg alternativlos ist ... ich mag das Wort nicht, aber in dem Fall ist es tatsächlich so. Es braucht die Mittel, damit die Bundeswehr selbstverteidigungsfähig wird, ihren Beitrag im Bündnis, in der NATO leisten kann, denn nur im NATO-Bündnis sind wir stark. Das ist auch die Botschaft, die von diesem Gipfel ausgeht.

May: Sie sagen jetzt „keine Floskel“. Aber ein bisschen erinnert das Verhalten der Ampel jetzt bei der Aufrüstung der Bundeswehr ein wenig an die Bekämpfung des Klimawandels der vielen Bundesregierungen, die es jetzt schon gegeben hat. Man verspricht sich ambitionierte Ziele in die Hand, wenn es dann aber um konkrete Taten geht, die auch unangenehm sein können, schlägt man sich lieber in die Büsche und verschiebt die Lasten in die Zukunft an möglicherweise eine neue Bundesregierung.

Pistorius: Nein. Das sehe ich nun wiederum völlig anders. Wenn Sie sich alleine anschauen, was wir seit Anfang letzten Jahres bewältigt haben in der Beschaffung. Wir haben im letzten Jahr über 50 25-Millionen-Euro-Vorlagen ins Parlament gebracht zur Beschaffung von Material und Waffen. In diesem Jahr bis zur Sommerpause sind es weitere 42. Ich habe noch auf den Weg bringen können vor der Sommerpause die Beschaffung von 105 Leopard-Panzern, zusätzlichen vier Patriot-Systemen, zwei Fregatten, großen Rahmenverträgen für Munition. Also, dass nichts passiert ist, kann man nun wirklich nicht behaupten. Die Ungeduld, die zum Ausdruck kommt, dass nicht noch mehr

passiert ist, die begrüße ich ja, weil sie Ausdruck einer sich veränderten Gedankenwelt ist, nämlich, dass immer mehr Menschen und auch diejenigen, die Verantwortung tragen, erkennen, dass wir das tun müssen. Von daher bin ich da nach wie vor gut und zuversichtlich unterwegs.

May: Ist die ganze Finanzplanung eigentlich obsolet in dem Moment, in dem Trump ins Weiße Haus einzieht?

Pistorius: Alle müssen sich darüber im Klaren sein, dass wenn Trump Präsident wird, dass sich der Blick des Weißen Hauses auf die NATO und auf Europa in der NATO verändern kann – nicht muss. Klar ist – und das habe ich auch schon im letzten Jahr gesagt – wir müssen mehr auf uns schauen. Wir müssen uns klarmachen, dass auch im Falle eines Präsidenten Biden die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten von Amerika sich zu einem Teil mehr verschieben wird auf den Indopazifik aufgrund der Entwicklung dort. Das heißt, das, was die Amerikaner dann dort mehr machen, werden sie im Zweifel weniger machen müssen und weniger machen können in Europa. Und das bedeutet, wir müssen mehr tun für die konventionelle Abschreckung und gleichzeitig unseren Bündnisverpflichtungen auch insoweit nachkommen, dass wir anerkennen, dass zum Bündnisgebiet – das tun wir ja gerade durch unsere Luftwaffenübung in Alaska – eben nicht nur Europa gehört und der europäische Teil der Arktis, sondern auch die Arktis vor Kanada und in den USA. All das macht das Bündnisgebiet aus. Und wir müssen unsere Hausaufgaben machen, dann haben wir auch nicht den Druck so sehr darauf zu gucken, wer Präsident wird.

May: Jetzt haben die USA angekündigt, zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges, wieder Langstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren zur Abschreckung gegenüber Russland. Glauben Sie, dass diese Ankündigung – 2026 soll das ja passieren – auch dann Bestand haben wird, wenn Trump Präsident ist?

Pistorius: Davon gehe ich aus. Das ist eine klare US-Entscheidung, die anerkennt, welche Bedeutung die Langstreckensysteme haben. Wir reden hier über eine durchaus ernstzunehmende Fähigkeitslücke in Europa, die sich auch

aus den NATO-Plänen ergibt. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass ein anderer Präsident davon abrückt. Das ist übrigens auch Bestandteil unserer nationalen Sicherheitsstrategie, dass wir diesen Bedarf dort ausgemacht haben. Gleichzeitig bedeutet das aber auch an uns, die Europäer und Deutschland allen voran, den Auftrag ... da ja diese Langstreckenraketen nur auf Rotationsbasis nach Deutschland kommen, ist damit auch ganz klar die Erwartung der USA zu Recht verbunden, dass wir selbst investieren in Entwicklung und Beschaffung von derartigen Abstandswaffen. Das ist genau der Auftrag, der sich daraus auch ableitet. Und diese temporäre Stationierung ab nächstem Jahr wird uns genau die Zeit geben, die wir dafür brauchen.

May: Boris Pistorius, Bundesverteidigungsminister von der SPD. Herr Pistorius, vielen Dank und viele Grüße nach Washington.

Pistorius: Sehr gerne, schöne Grüße zurück.